

NoVA-Erhöhung bringt kaum etwas fürs Klima

Einsatz alternativer Kraftstoffe würde rund 100-mal mehr CO₂ einsparen.

Ende 2020 wurde vom Nationalrat beschlossen, dass es ab Juli 2021 zu einer laufenden Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) beim Neuwagenkauf kommen wird. Bernhard Wiesinger, Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung: "Der Mobilitätsclub hat damals darauf hingewiesen, dass die NoVA-Novelle besonders Familienautos wie Vans um mehrere tausend Euro teurer macht und letztlich fast alle Pkw trifft.

Mit dem Argument des Klimaschutzes wurden solche Einwände damals vom Tisch gewischt." Nun hat sich allerdings herausgestellt, dass die beschlossene Erhöhung der NoVA zwar den Preis vieler Neufahrzeuge empfindlich anheben wird, die Klimawirkung dieser Maßnahmen aber höchst überschaubar ist. Wiesinger: "Ein Beamter des Finanzministeriums hat bei einer Veranstaltung öffentlich zugegeben, dass durch die NoVA-Erhöhung gerade einmal mit einer zusätzlichen CO₂-Einsparung von 140.000 Tonnen über zehn Jahre zu rechnen ist."

CO₂-Einsparungen: 140.000 Tonnen in zehn Jahren durch die NoVA – 1,2 bis 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr durch alternative Kraftstoffe

Zur Einordnung der Einsparungsmöglichkeit von 140.000 Tonnen CO₂: Die Österreichische Energieagentur hat Ende 2019 im Auftrag des ÖAMTC errechnet, dass die Einführung von E10, also die Anhebung der Bioethanol-Beimischung im Benzin von fünf auf zehn Prozent, CO₂-Einsparungen in derselben Höhe realisieren würde – allerdings pro Jahr. Die Studie der Energieagentur schlägt darüber hinaus ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor, wie alternative Kraftstoffe kurzfristig forciert werden könnten – ohne aber auf Nahrungsmittel oder Palmöl zurückzugreifen.

Allein durch einen verantwortungsvollen Einsatz von nachhaltigen, biogenen Kraftstoffen könnten pro Jahr in Summe 1,2 bis 1,5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Im Vergleich zur NoVA-Erhöhung ließe sich dadurch in zehn Jahren also eine rund 100-mal so große Menge an CO₂ einsparen. "Insgesamt entsteht der Eindruck, dass es – zumindest Teilen der Regierung – bei Maßnahmen im Verkehrsbereich im Namen des Klimaschutzes nicht um das Einsparen von CO₂ geht, sondern lediglich um Kostenerhöhungen für Autofahrer. Nur die Steuern zu erhöhen löst die Klimafrage nicht", stellt der Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung abschließend klar.